

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 4,50 RM., monatlich 1,50 RM.
 frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne
 Nummern 10 Pf. Postbezug: Monatlich
 1,50 RM. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 3.- RM. für das übrige Ausland
 4,50 RM. monatlich. Sendung ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 1,50 RM.
 Postbestellungen nehmen an: Pönn-
 mann, Solms, Burgburg, Schwaben
 und die Karmels, Eingetragene in die
 Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Erscheinung täglich.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die Reichsgesetzblätter sind
 80 Pf. „Allgemeine Anzeigen“, das
 ist: 20 Pf. für die erste Zeile (täglich
 2 mal gedruckt), jedes weitere
 Wort 15 Pf. Stellengänge und
 Stellenanzeigen das erste Wort
 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf.
 Worte über 15 Buchstaben zahlen für
 zwei Worte. Teuerungszuschlag 20%.
 Familien-Anzeigen, politische und
 gesellschaftliche Berichte - Anzeigen
 60 Pf. die Zeile. Anzeigen für die
 nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags im Hauptgeschäft Berlin
 S.W. 68, Lindenstraße 3, abgeben
 werden. Gedruckt von 8 Uhr früh bis
 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. | Montag, den 22. April 1918. | Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moriuplan, Nr. 151 90-151 97. | | Fernsprecher: Amt Moriuplan, Nr. 151 90-151 97.

Deutsche Truppen am Eingang der Krim.

Erkundungen und Feuerkampf an den westlichen Schlachtfrenten — Zwischen Maas und Mosel Seicheprey erstürmt — Der Weg in die Krim geöffnet.

Berlin, 21. April 1918, abends. Amtlich.
 Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Großes Hauptquartier, den 21. April 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz.

An den Schlachtfrenten führten beiderseitige Erkundungen zu heftigen Infanteriegefechten. Bei La Bassée, Lens und Albert lebhafter Feuerkampf. Auch zwischen Yper und Dize war die Artillerietätigkeit vielfach reg.

Seeresgruppen Gallwitz und Herzog Albrecht.

Zwischen Maas und Mosel griffen niederländische Bataillone Amerikaner in ihren Stellungen bei Seicheprey an. Sie erstürmten den Ort und stießen bis zu 2 Kilometer Tiefe in die feindlichen Linien vor. Schwächere Gegenstände des Feindes wurden abgewiesen, härtere Angriffsbemühungen durch Niederhalten im Anmarsch und in der Vereitelung erkannter Truppen vereitelt. In der Nacht wurden unsere Sturmtruppen nach Verführung der feindlichen Anlagen in ihre Ausgangslinien zurückgenommen. Die blutigen Verluste der Amerikaner sind außerordentlich hoch. 183 Amerikaner, darunter 5 Offiziere, wurden gefangen, 25 Maschinengewehre erbeutet. Nordwestlich von Morville (Stützpunkt von Font à Mousson) machten wir im Vorfeldkampf mit Franzosen Gefangene.

Mittelmehr Freiere v. Richthofen errang an der Spitze der bewährten Jagdstaffel 11 seinen 79. und 80., Leutnant Budler seinen 31. Luftflug.

Osten.
 Ukraine.

Nach Ueberwinden feindlichen Widerstandes bei Pierekop und Kart. Kasal haben sich unsere Truppen den Weg in die Krim geöffnet.

Mazedonische Front.

Regel Tätigkeit des Feindes westlich vom Dojran-See und in der Struma-Ebene.

Der Erste Generalquartiermeister.
 Ludendorff.

Der österreichische Bericht.

Wien, 21. April. Amtlich wird verlautbart:

An der Südwestfront lebten an vielen Stellen Artilleriekampf und Erkundungstätigkeit erneut auf. Hauptmann Brumowski errang im Luftkampf zum 29. Mal den Sieg.

Der Chef des Generalstabes.

Kampf in Wladiwostok.

London, 20. April. (Reuter.) „Daily Mail“ meldet aus Tokio vom 10. April: Gestern feuerten in Wladiwostok in der Dunkelheit bolschewistische Truppen auf japanische Marinekruppen. Diese erwiderten das Feuer. Sie hatten keine Verluste.

Die Nachricht kommt aus Tokio und liegt über zehn Tage zurück. Gätte der Zusammenstoß akustische Bedeutung, so wäre man in diesem Falle vermutlich schon früher mit Nachrichten versorgt worden. So wird aus der Meldung nicht mehr zu entnehmen sein, als daß die japanischen Imperialisten noch immer an der Arbeit sind, in ihrem Lande das Interventionsgeländ in Brand zu halten.

Nach einer Havasmeldung aus Tokio gab die japanische Regierung zu verstehen, daß die Unruhen in Wladiwostok einen rein lokalen Charakter hätten und sich nicht ausbreiten werden. Sie glaube nicht daß eine Intervention nötig werde und sei der Ansicht, daß die Schwierigkeiten durch Intrigen unter der russischen Bevölkerung entstanden sind.

Inzwischen gibt sich die amerikanische Diplomatie erneut Mühe, den Unwillen der russischen Mächtigkeiten über die Landung in Wladiwostok zu dämpfen. Nach einer Haager Meldung veröffentlicht das amerikanische Auswärtige Amt folgende Erklärung. Die der amerikanische Botschafter gleichzeitig in Rußland veröffentlichte: Der amerikanische Botschafter in Ruß-

land, an welchen die Frage gestellt wurde, welche Haltung seine Regierung zur Landung der japanischen und englischen Marinekräfte in Wladiwostok einnehme, gab zur Antwort, daß die Sowjetregierung dieser Landung eine zu große Bedeutung beimesse und daß sie absolut keinen politischen Charakter trage, sondern lediglich eine Maßregel darstelle, die der japanische Admiral auf eigene Verantwortung zum Schutze des Lebens und Eigentums der Japaner in Wladiwostok treffe. Die japanische Admiral Kato gab dem amerikanischen Konsul in Wladiwostok folgende Erklärung ab: Die Landung der Marinekruppen ist erfolgt auf Ersuchen des englischen Konsuls und der englischen Untertanen in Wladiwostok für den Fall, daß die japanische Landung diese in Gefahr brächte. Dies sowie die Tatsache, daß der französische Konsul in Wladiwostok keinen Schutz von britischen und japanischen Kreuzern erhalten hat, beweist, daß die Landung keine gemeinsame Aktion der Alliierten ist.

Das amerikanische Auswärtige Amt wird jähwärtlich im Ernst erwarten, daß die Sowjetregierung auf diese Vernehmungsbemühungen hin der Anwesenheit der Japaner und Engländer in Wladiwostok nunmehr keine Bedeutung mehr beimisst und die Landungsmächte hinfest gewähren läßt. Die Frage bleibt auf dem Taper: als ein Punkt über einer Dynamitlinie. Trotz Rußlands Schwäche.

Keine Kriegserklärung Uruguays.

Bern, 21. April. Die „Agencia Americana“ meldet aus Montevideo: Der Minister des Auswärtigen von Uruguay, Burn, veröffentlichte eine Note, in der er die von Buenos Aires ausgegangene Nachricht dementiert, daß eine Kriegserklärung Uruguays an Deutschland ergangen sei. Burn erklärt die Nachricht für verfrüht und bestreitet, daß er den Präsidenten von Argentinien, Yrigoyen, nach der Haltung gefragt habe, die Argentinien im Falle einer Kriegserklärung Uruguays an Deutschland einnehmen würde.

Die Iren und die Wehrpflicht.

Dublin, 21. April. (Reuter.) Eine Versammlung der dem Unterhause angehörigen irischen Nationalisten beschloß, in Irland zu verbleiben und dort den Widerstand gegen die Wehrvorlage zu organisieren.

Gardiner schrieb vor acht Tagen in der „Daily News“: Die irische Wehrpflicht sei keine militärische Maßnahme, sondern ein politischer Kniff. Lloyd George habe gar nicht die Annahme der Wehrpflichtsnovelle gewollt, sondern den Fall seines Ministeriums auf Grund des selbstgewählten Konflikts mit dem Parlament, damit die erste Woge, die seine unheilvolle Politik an der Westfront herbeigeführt, verbunkelt werde und er das unerfreuliche Geschäft des Regierens anderen überlassen könne. Obwohl die Wehrvorlage eingebracht wurde, als ob sie mit der militärischen Lage im Zusammenhang stünde, und durch das Unterhaus gepfeift wurde, als ob der Ausgang der Schlacht davon abhänge, habe sie mit dem Krieg nichts zu tun. Sie sei eine Kriegserklärung an Irland, die der britischen Armee keinen einzigen weiteren Iren für die gegenwärtige oder selbst für eine künftige Schlacht zuführen würde. Gardiner sagt zum Schluß, man stehe am Rande eines furchtbaren Abgrundes. Er fordert Wiederherstellung des Vertrauens. Der erste Schritt dazu sei, eine Regierung zu erhalten, die Vertrauen einflößt.

Bürgerkrieg in Armenien.

Türkische Anschuldigungen.

Konstantinopel, 20. April. (Meldung der Telegraphen-Agentur Mill.) Während die Häupter der armenischen Propaganda mit Erbitterung sich dem Werke der Verleumdung gegen die Türken als angebliche Verfolger des armenischen Volkes hingeben, sehen Vorden ihrer Stammesgenossen mit nicht geringerer Erbitterung das Werk der Ausrottung gegen die unglückliche muslimanische Bevölkerung unserer östlichen Provinzen Transkaukasiens fort. Aus neuen Einzelstellen, die uns zuzommen, geht hervor, daß die Armenier, weit entfernt davon, der Gegenstand von Verfolgungen zu sein, sich als Verursacher einer systematischen grausamen Ausrottung betätigen. Die Zahl ihrer Opfer beläuft sich allein in der Gegend von Erivan auf 5000. Nach zuverlässigen Nachrichten dauerte das Blutbad eine Woche lang an, vom 18. Februar bis 25. Februar. Mehr als 40 000 Muselmanen konnten allein dadurch dem Tode entgehen, daß sie die Flucht ergriffen und ohne Obdach und ohne Nahrung umherirren. Unter den wenigen, die sich vermittels eines Lösegeldes von 70 000 Rubeln dem Blutbade entziehen konnten, befinden sich die Dörfer Hadschi, Illas und Gadscha. In der Stadt Erivan wurden am 20. Februar hundert Muselmanen getötet, fünfzig verwundet, die muslimanischen Läden geplündert und eine Moschee zerstört. Der Sachschaden wird auf hundert Millionen geschätzt.

Das Herzogtum Kurland.

Von Dr. Alexander Lipschütz, früher in Riga.

Der den Lesern nicht mehr unbekannt Verfasser gehörte zu den Führern der lettischen Sozialdemokratie in der Vorkriegszeit. Wir geben ihm zur Vertretung seiner Anschauungen, die gewiß die Auffassungen und Wünsche eines großen Teils des lettischen Volkes widerspiegeln, gern das Wort. Es ist notwendig, diese Anschauungen kennen zu lernen, um späteren Enttäuschungen, die durch eine einseitige Stimulierungsmache verschuldet werden könnten, vorzubeugen. Redaktion des „Vorwärts“.

Zur Reichstags ist von sozialdemokratischer Seite schon darauf hingewiesen worden, daß die Schaffung des Herzogtums Kurland nur eine geschäftliche Abmachung zwischen dem preussischen Adel und den baltischen Baronen darstellt. Diese Feststellung bringt zum Ausdruck, daß das deutsche Volk, sowohl das Bürgertum als die Bauern und Arbeiter, kein Interesse daran haben, daß ein Herzogtum Kurland geschaffen wird. Eine geschäftliche Abmachung zwischen zwei adligen Gruppen, die dem deutschen und dem lettischen Volke gleich feindlich gegenüber sind, kann nicht den Interessen der beiden Völker entsprechen.

Die ablehnende Haltung der deutschen Sozialdemokraten gegenüber der Schaffung des Herzogtums Kurland ist sicherlich aus dem patriotischen Empfinden heraus geschehen, daß dem deutschen Volke mit einer solchen Gestaltung der Dinge im Osten nicht gebietet ist. Aber diese ablehnende Haltung steht mit dem Empfinden auch des lettischen Volkes im Einklang, und es ist darum zu wünschen, daß in der lettischen Frage sich zwischen dem lettischen Volke und der deutschen Sozialdemokratie ein Einvernehmen herstelle. Es liegt gewiß im eigenen Interesse des deutschen Volkes, den Kampf gegen den preussischen und baltischen Adel gemeinsam mit dem lettischen Volke zu führen. Aus diesem Grunde erscheint es zweckmäßig, jetzt die deutsche Öffentlichkeit auf die Gesichtspunkte aufmerksam zu machen, von denen in Lettland sowohl die bürgerliche und bäuerliche Demokratie als die Sozialdemokratie sich in der nationalen Frage leiten lassen. Ich habe hervor, daß diese Gesichtspunkte noch kürzlich in einer Resolution zum Ausdruck gekommen sind, die auf einer Konferenz in Bern angenommen wurde. Auf der Konferenz waren Letten verammelt, die im öffentlichen Leben Lettlands innerhalb verschiedener Parteirichtungen tätig sind, sowohl Sozialdemokraten als Bürgerliche.

Ueber das politische Schicksal Lettlands, d. h. Kurlands, Süd-Livlands und des westlichen Teils des Gouvernements Witbeßel, kann nur die Bevölkerung Lettlands entscheiden. Der Wille der Bevölkerung Lettlands kann nur auf einer gesetzgebenden Nationalversammlung zum Ausdruck gebracht werden, die auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zustandekommen muß. Die Wahlen können erst stattfinden, nachdem die deutschen Truppen aus ganz Lettland zurückgezogen sein werden. Die Regierungsmacht muß von den deutschen Okkupationsbehörden einer provisorischen Regierung, aus Vertrauensmännern aller Klassen und nationalen Gruppen Lettlands bestehend, übergeben werden. Die provisorische Regierung wird ihre Macht im Interesse Lettlands als eines Ganzen ausüben, unter möglicher Ausschaltung aller Reibungen zwischen den sozialen Klassen und unter Wahrung der Interessen der nationalen Minderheiten, um die Wahlen für die Nationalversammlung vorzubereiten. Sie wird sich militärisch auf die lettischen Regimenter stützen, die sich zurzeit in Rußland befinden. Vor den Wahlen in die Nationalversammlung muß den lettischen Flüchtlingen und Gefangenen die Möglichkeit einer Rückkehr in die Heimat gewährt werden. Solange diese Wünsche nicht erfüllt sind, ist eine Einigung zwischen dem deutschen und dem lettischen Volke völlig ausgeschlossen.

Die Abmachungen, welche der kurländische Landesrat mit der deutschen Regierung getroffen hat, können für Lettland schon darum nicht bindend sein, weil der Landesrat in seiner Mehrheit aus Baronen besteht und weil die im Landesrat sitzenden Bürgerlichen und Bauern von den Baronen und nicht vom Volke gewählt werden. Auch inhaltlich widersprechen diese Abmachungen allen nationalen Ansprüchen Lettlands. Die Schaffung eines Herzogtums Kurland bedeutet eine Rückkehr zu den politischen Grundfragen des Feudalismus: vom territorial einheitslichen Lettland wird ein Teil abgetrennt, dessen einstige Selbstständigkeit gegenüber Livland nur in den feudalen Beziehungen jener Zeit begründet war. Die Grenzen des neuen Herzogtums Kurland werden zudem ganz willkürlich gezogen. Nach dem deutsch-russischen Friedensvertrag verläuft die neue Grenze zwischen Livland und Rußland süd-

Nach Bis Dienenhof an der Düna, der lettische Teil des Gouvernements Witebsk liegt beinahe ganz östlich der neuen Grenze gegen Rußland. Es ist also nicht der Wunsch der deutschen Vertragsliebenden Partei, daß dieser Teil Lettlands, in welchem einige hunderttausend Letten leben, zu Kurland geschlagen wird, obgleich das frühere Herzogtum Kurland, wie es zu vorrömischen Zeiten bestand, auch dieses lettische Land, das sogenannte „polnische Livland“, umfaßte. Die deutschen Absichten gehen aber auch nicht dahin, daß dieser Teil von Lettland zu Livland geschlagen wird, für das die deutsche Regierung augenscheinlich wieder eine andere Verfassung vorgehen hat als für Kurland. Wie diese Verfassung aussehen wird, wissen wir noch nicht. Auf jeden Fall steht fest, daß die deutsche Regierung Lettland in drei Teile geteilt hat, die keine politischen Beziehungen zueinander haben sollen: in das Herzogtum Kurland, in das livländische Fragezeichen und in den westlichen Teil des Gouvernements Witebsk.

Wir dürfen nicht annehmen, daß der deutschen Regierung die ethnographischen Grenzen Lettlands unbekannt waren, als sie den Plan der Zerstückelung Lettlands faßte. Wir dürfen bei der deutschen Regierung um so weniger Unkenntnis der Sachlage voraussetzen, als die baltischen Barone, die eine führende Rolle in dieser Angelegenheit spielen, über die Verhältnisse in dem von ihnen beherrschten Land wohl genügend unterrichtet sind. Nein, es ist System in der Zerstückelung Lettlands. Würden Kurland, Livland und Estland einfach annektiert, so müßte man den Letten und Esten das Reichstagswahlrecht geben. Und das soll vermieden werden. Darum bekommen diese Länder ihre „Selbständigkeit“, d. h. die Macht über diese Länder wird der kleinen deutsch-baltischen Minderheit in die Hand gespielt und durch die Zerstückelung der Länder eine einheitliche demokratische Aktion erschwert.

Das deutsche Volk hat kein Interesse an der Zerstückelung unseres Landes und an der Knebelung unseres Volkes. Das deutsche Volk wird die Gefahr erkennen, die ihm aus einem Balkan an der Ostsee droht. Das deutsche Volk soll darum mit uns sein, im gemeinsamen Kampfe gegen das preussische und gegen das baltische Junkertum.

Norwegen unter amerikanischer Kontrolle?

Malmö, 20. April. „Svenska Dagbladet“ erfährt von zuverlässiger Quelle, daß Amerika bei den Verhandlungen mit Norwegen die neue Forderung aufgestellt habe, die Ausfuhr des Landes solle unter die Kontrolle amerikanischer Beamten gestellt werden. Norwegen solle also ungefähr wie ein Vasallenstaat behandelt werden, mit fremden Beamten in seinen Häfen, die die Ein- und Ausfuhr kontrollieren.

Die Kampflage im Westen.

Berlin, 21. April. (W. Z. N.) An der Front liegen die Kanalübergänge und die Anmarschstraßen des englisch-belgischen Heeres unter deutschem Feuer. Langrohrkanonen beschließen die Bahnhöfe von Aversa und Vesperinghe. In der Nacht zum 20. hielten deutsche Patrouillen mehrfach erfolgreich über den Stenabach vor. Eine von diesen wurde aber von starken feindlichen Kräften umgangen und umzingelt. Es gelang ihr jedoch, sich im Nahkampf durchzuschlagen und ohne Einbuße von Gefangenen die deutschen Linien zu erreichen. Dagegen wurde eine englische Erkundungsabteilung zurückgeschlagen. Die Deutschen hielten nach und besetzten Wiergan, worauf auch die südlich anschließenden Kampagnen ihre Linien vorstießen. In der schlammigen Erde des holländischen Trichterfeldes liegen sich die Gegner in alten deutschen und englischen Nachhäusern und Betonunterständen aus der Flankensicht gegenüber. Der Kampf wird mit Stochtrupps um jeden einzelnen Unterstand geführt. Dank dem höheren Feuer der deutschen Geschütze und Minenwerfer werden diese kleinen Unternehmungen schnell und meist verlustlos durchgeführt. Das rasche Nachziehen der deutschen Artillerie in das Trichterfeld ist auch hier wieder bemerkenswert. In zweifelhafte Arbeit wurden die ersten Stochtrupps durch das Schammfeld vorgebracht. Nach Heber-

Alexander Girardi.

Seit dem Ableben des Kaisers Franz Josef hat wohl kein Todesfall in Wien an so viele Herzen gerührt wie das Hinscheiden des Volksschauspielers Alexander Girardi. Ihre Bestürzung verbanden die beiden dem Umstand, daß sie beide ganz einfache Menschen waren, und der eine von ihnen war noch dazu ein großer Künstler, während der andere, als Kaiser, es nicht notwendig hatte, außerdem noch durch außerordentliche Gaben zu glänzen. Die Wiener lieben ihren „Franz“, weil er ein Kaiser war und dabei doch ein richtiger Wiener, und sie lieben ihren Girardi, weil der eigentümliche Menschenfisch, den sie selbst darstellten, in keinem anderen eine vollkommenere Verkörperung fand als in ihm.

Der junge Schloßergeselle, dessen Stimme erwidert werden war und den ein unverständlicher Drang zur Bühne zog, begann als Sänger im klassischen Zeitalter der Wiener Operette. Schaupielerte sich durch unzählige Schmarrenstücke durch, machte die Gestalten der Wiener Volkskaffee, Kaimund und Restro, lebendig und endete auf der höchsten Stufe, die sich ein österreichischer Komödientheater zu träumen wagt, im Burgtheater. Aus dem jungen Wiener, der auf der Bühne sang und tanzte, war mittlerweile ein alter Wiener geworden, der sich mühsam fortbewegte und dessen Stimme feiner und gedehnter klang. Aber Girardi hätte ein Nummer Wiener geworden sein können — wo er auf der Bühne erschienen wäre, hätten ihm seine Landsleute zugestimmt, denn sie hätten in seiner Haltung, seinem Blick, seinen Gestikulationen sich selber erkannt und sie hätten ihn seines Leids willen doppelt geliebt.

Und — hier beginnt erst das Wunder echter Künstlerschaft — nicht nur den Wienern wurde es so, nicht nur den Österreichern. Auch die Berliner hat er zum Weinen und zum Lachen gebracht, ganz wie sein Stammvolk im Theater an der Wien. Man denke sich, ein alter Schauspieler, dessen körperliche Kräfte fast ganz verdrängt sind, spielt in irgendeinem ganz gleichgültigen, literarisch minderwertigen Stück, und das kritische Berlin bricht sich fast die Hälse, um Wilhelms zu kriegen, das Drama ist gemacht voll und in die offene Szene hinein rufen Beifallsbrände. Was das Mode? Einem? Nein, es war im Gegenteil nichts ursprüngliches Empfinden, das sich willig dem Zauber einer Persönlichkeit erschloß. Kunst ist etwas Ungefehltes, etwas ganz Einfaches für den, der mit ihr geboren ist, Ausschöpfung der menschlichen Natur.

Und daraus erklärt sich auch die außerordentliche Volkstümlichkeit, die er in Wien genoss. Als die Wälder vor heute noch Wiener Spielfelder waren, hörten sie die Eltern schon von ihm schwärmen, als die Wälder größer waren, kaufte ihnen die Mutter, wenn der Sommer kam, den „Schirradl“-Hut aus Stroh, und dann sah man ihn eines Tages selber, das leuchtendste goldene Wiener Herz spielen.

wandung der vorderen Trichterzone erleichterten die infolge des häufigen englischen Rückzugs erhalten gebliebenen Bohlenstraßen und Stahlbauwege den weiteren Vormarsch wesentlich. Ebenso wurde die Verpflegung für die ersten Tage durch das Auffinden reicher englischer Lebensmittelvorräte erleichtert.

Französischer Heeresbericht vom 20. April nachmittag. Die Deutschen versuchten einen Durchbruch in der Gegend von Sangar-en-Santerre. Gefangen, darunter ein Offizier, blieben in den Händen der Franzosen. Die heiderseitige Artillerietätigkeit hielt mit großer Lebhaftigkeit zwischen Laiffign und Royon an. Französische Abteilungen führten im Laufe der Nacht zahlreiche Handwaffen an verschiedenen Punkten der deutschen Front, besonders nordwestlich und östlich Reims, in der Champagne im Abschnitt von Juvincourt und an den Maasböden aus. Die Franzosen machten eine gewisse Anzahl von Gefangenen. Die Deutschen ihrerseits unternahm mehrere Angriffsversuche, die sämtlich abgewiesen wurden, westlich der Butte du Mesnil und in der Woëvre. Sonst war die Nacht überall ruhig.

Französischer Heeresbericht vom 20. April abends. Der Tag war durch Artillerietätigkeit bemerkenswert, insbesondere westlich der Aisne und auf den beiden Ufern der Maas. Westlich von St. Mihiel hat der Feind gestern früh

bei Seicheprey

einen Angriff in ein Kilometer Breite ausgeführt und in einigen Stunden unserer vorgehobenen Gräben Fuß gefaßt, doch warfen ihn sofortige Gegenangriffe wieder hinaus. In der Nacht vom 18. zum 19. April wurden von etwa fünfzehn unserer Flugzeuge annähernd vier Tonnen Sprengstoff auf den Landungsplatz von Chaspion und Truppenlager bei Ham, Guisard und Royon abgeworfen. Am 19. April warfen dreizehn unserer Flugzeuge bei zwei Unternehmungen 1800 Kilogramm Sprengstoff auf feindliche Anlagen bei Robe und Moreuil. In der Nacht vom 19. zum 20. bombardierten sieben Flugzeuge westlich des Bahnhofs von St. Quentin und zahlreiche Eisenbahnanlagen in der Gegend von Jussy, ebenso wurden Flugplätze mit fünfzehn Tonnen Sprengstoff belegt. Eine weitere Gruppe von sieben Flugzeugen belegte die Bahnhöfe von Montcornet, Aisfeld und Sirson und den Flugplatz von Clermont-les-Fermes mit Bomben. Erkundungsflugzeuge nahmen aus niedriger Höhe in Nähe feindlicher Truppen unter Maschinengewehrfeuer. Es bestätigte sich, daß ein Truppenballon und drei neue Flugzeuge abgeschossen wurden.

Englischer Heeresbericht vom 20. April abends. Südlich von Hebuterne und im Süden der Scarpe führten wir heute früh erfolgreiche kleinere Unternehmungen durch. Wir hoben unsere Linie leicht vor und brachten 37 Gefangene und drei Maschinengewehre ein. Die feindliche Artillerie war bei Arette und südlich vom La Bassée-Kanal tätig. Sonst ist von der britischen Front nichts weiter zu melden.

Belgischer Bericht vom 20. April. Am 19. April morgens griff der Feind nach heftiger Beschichtung unserer Vorposten zwischen dem Kanal von Passchendaele und Grootebeverde an und drang in einige unserer vorgehobenen Gräben ein, wurde aber durch Gegenangriff, bei dem wir 15 Gefangene machten, sofort daraus vertrieben. Artillerietätigkeit fand insbesondere in der Gegend von Nieuport statt.

Beginn des Warenaustauschs zwischen den Ostmächten und den Mittelmächten.

Die Ukraine hat nunmehr die Bitte jener Warenverfügung, die sie zunächst von den Mittelmächten wünscht. Es finden sich auf ihr Papierfabrikstoffe, Danststoffe, Decken, 11 Millionen Säcke, imprägniertes Segeltuch, Seidengaze für Mäntel, Papierstofftücher, Lini- und Druckmaschinen, Anilinfarben, Chlor und Zellstoff zur Papierherstellung, ferner bis zu 17 Millionen Rubel Getreide für den Odesaer und Kiwer Bezirk. Diese Warenliste wurde von der Einfuhrabteilung der staatlichen Kommission für Warenaustausch zusammengestellt, so daß sie als zuverlässig bezeichnet werden kann. Zur selben Zeit hat die Ausfuhrabteilung der oben genannten Kommission sich mit jenen Waren befaßt, die den Mittelmächten zugeführt werden sollen. Es sind dies: 20 Millionen Rubel Getreide (1 Rubel = 16 Kilogramm), zwei Millionen Rubel Zucker, 500 000 Rubel Rübensamen, ferner 80 000 bis 75 000 Rubel Mehlwaren. Zunächst sollen monatlich etwa 5 Millionen Rubel Getreide den Mittelmächten zugeführt werden, doch beabsichtigt man, diese Ziffer zu erhöhen.

So populär wie dieser einstige Grazer Schloßergeselle war offenbar auch noch der Dr. Karl Lueger, Wiens erster christlichsozialer Bürgermeister. Aber der — schauspielerische zwiefel. In Girardi liebt das Volk von Wien sich selbst.

Girardi starb, 65jährig, auf dem Gipfel seines Ruhms. Er hatte sich eine Blutvergiftung am linken Bein zugezogen, eine Amputation konnte das Schicksal nicht mehr aufhalten.

Nun muß Albert Wassermann den Eisprung Jffards, den er Girardi zugeordnet hatte, einem anderen Würdigen der Kunst als Erbe weitergeben.

Karl Sternheim: Perleberg.

Leistungstheater.

Der arme fränke Volksschauspieler, der nach seinem ganzen geistigen Habitus vom sonstigen Zuschnitt Sternheimischer Bühnenfiguren so weit abstieg, gemahnt in manchen Zügen, an den schwärmerischen, fanatischen, sich pantistisch jeder Pflanze und jedem flüchtigen Eintagsfliegen verwardt fühlenden Exorzisten in Shaw's zur Kriegszeit aufgeführten Komödie: „John Bull's andere Insel“. Doch die Erinnerung ruft zugleich das deutliche Bewußtsein des Abstandes hervor, der Sternheim von dem irisch-englischen Komödiendichter scheidet. Sind die beiden in barocker Ungebundenheit der Raune, der oppositionellen Skepsis gegen alles von bürgerlicher Konvention Scheitende, in dem Hang zu pointiertem Ubertreiben, das nicht selten Menschen und Dinge auf den Kopf stellt, bis zu gewissem Grad verwandt, so spürt man doch bei Shaw im Scherz wie auch im Ernst, der aus dem losen Spiel hervorschaubt, nicht oft die Fülle einer verblüffend reichen und eigenartigen Persönlichkeit, die, auch wenn sie sich paradox gibt, immer das Interesse fesselt. Jener seltsame, bei ausgesprochener Ablehnung von allem kirchlich-dogmatischen im Grundwesen des Gemüts frommpfäudige Sinnreizer wuchs damals in der langwierigen Darstellung von Theodor Loos zu einem Typus nachdenklich vertieften Menschentums, der sich als ein Lebensgefühl dem Sinn des Zuschauerers unaussprechlich eingrub. Der Volksschauspieler Sternheim, der als Herzleidender Krähwinkel-Perleberg zur Heilung aufsucht und ahnungslos in den Streit entfesselter Krähwinkler Leidenschaften hineingerät, wirkt daneben als ein noch billiger Rezipient angefertigten Fabrikat, in welchem die paar wertvollen Anätze durch die berechneten Effekte einer ins plump Possenhafte geordneten Liebesgeschichte bald stumpflos gekreuzt und aufgehoben werden.

Der Jank lobt zwischen einem von Max Adalbert sehr ruhig dargestellten spießbürgerlich despotischen Eitel, der, in permanenter moralischer Entrüstung lebend, sich, weil er jedem Heis des Schlimmsten zutraut, für einen großen Menschenkenner hält, und dessen holerischem, doch im Grunde gemäßigtem Schwager, daß dieser, der auf seinem Rücken eine Heilquelle entdeckt hat und Perleberg bereits im Glanze eines künftigen Kurorts sieht, des Verwandten eben zum Hotel erweiterte Kneipe kaufen möchte,

Für das russische Reich hat die 1. Abteilung des Staatshauswirtschafts folgende Beschlüsse bezüglich der Gestaltung der Warenausfuhr und -ausfuhr erlassen: 1. Die Ausfuhr von Lebensmitteln aller Art wird unterzogen. Eingeschlossen sind die in Archangelst lagernden Vorräte an Tee usw. 2. Die von Schwereen gewünschten Waren, wie Pelzwaren, pelzliche Teppiche, Luxuswaren, dürfen ausgeführt werden. Bedingung ist jedoch die Gegenleistung von Maschinen und anderen für die russische Industrie notwendigen Gegenständen in entsprechendem Werte. 3. Rohstoffe dürfen ausgeführt werden, nachdem die beteiligten Gesellschaften festgestellt, daß der russische Bedarf völlig gedeckt ist. 4. Die Einfuhr nach Rußland wird für solche Gegenstände zugelassen, die für die russische Wirtschaft als nötig angesehen werden. 5. Die Einfuhr- und Ausfuhrbewilligungen werden zentralisiert von einer Abteilung des kaiserlichen Volkswirtschaftsrats erteilt. An sie haben sich auch die Ministern des Verkehrs, des Handels und der Industrie zu wenden. In den Anträgen muß angegeben werden, wo die Waren sich befinden und wie hoch ihr Preis ist.

Es bleibt nun abzuwarten, ob der Handel sich unter den jetzigen Verhältnissen in Rußland schon hervorwagt. Ehe er aber ans Werk gehen kann, muß zunächst die Ordnung auf den Eisenbahnen wenigstens notdürftig hergestellt werden, damit die Waren auch ins Ausland gelangen oder vom Ausland her den Weg nach den russischen Städten finden.

Guysmans in London festgehalten.

Genf, 20. April. Der „Matin“ berichtet aus London, daß Guysmans, Sekretär des Internationalen Bureaus, sich noch immer in London befindet. Guysmans hatte sich mit den französischen Delegierten Cazin und Jouhaux vor mehr als einem Monat nach London begeben, um gemeinsam mit den amerikanischen Arbeitern über einen internationalen Friedensvertrag zu beraten, als die Nachricht in England eintraf, die amerikanischen Delegierten seien bereits nach Europa unterwegs. Während Cazin, Jouhaux und die anderen Delegierten daraufhin nach Paris zurückkehrten, verblieb Guysmans in London, was er nun bitter bereut, sagt der „Matin“. Denn Guysmans kann jetzt England nicht mehr verlassen. Als er vor einigen Tagen über den Kanal reisen wollte, wurde er von der Schiffsmannschaft erkannt, die sich zu fahren weigerte. Guysmans mußte wohl oder übel das Schiff verlassen. Er hat nun verschiedene Male erklärt, er beabsichtige nur nach Frankreich zurückzukehren und werde nicht auf einer anderen Route nach Amerika reisen. Die englischen Marineleute geben seinen Versicherungsmen nicht, sondern vermuten, daß er über Nordsee nach Amerika reisen werde, um seine Friedensmandate à la Stockholm-Konferenz dort fortzusetzen. Und eben das wollen die englischen Matrosen und Seeleute verhindern; deshalb behaupten sie jetzt Guysmans Tag und Nacht. Die amerikanischen Delegierten hätten den Auftrag, gegen jede Konferenz während der Dauer des Krieges zu stimmen.

Der Bürgerkrieg in China.

Amsterdam, 20. April. „Times“ melden aus Peking: Die Ausichten auf eine baldige Regelung der politischen Lage sind gesunken. Die äußerste Gruppe der Militärpartei weist die Regierung auf die Notwendigkeit hin, den Süden vollkommen zu unterwerfen, da die Streitkräfte des Südens nach der Niederlage in Hunnan die militärischen Operationen in Gegenden, wo sie weniger kräftigen Widerstand finden, wieder aufgenommen haben. Südliche Streitkräfte ziehen längs des Jangtse und bedrohen die Regierungstruppen in Schaan, während in West-Schuan die Regierung sehr in die Enge getrieben worden ist. Anfolgendes sieht sich die Regierung gezwungen, die Feindseligkeiten überall wieder aufzunehmen. Die Streitkräfte des Südens sind auf die Ebene des Hupch und von Hunnan in die Berge zurückgezogen, wo sie den wenig beweglichen Kolonnen der Nordarmee überlassen sind. Der binnenländische Handel liegt in den Gegenden, wo der Bürgerkrieg wütet, sehr darnieder. Die Bevölkerung der Operationsgebiete leidet unaussprechliche Entbehrungen. Die Einnahmen Chinas werden in ungeheurem Maße vermindert, um einzelne Personen zu befriedigen. Eine kleine japanische

gilt Friede als ein Beweis von hinterhältigster Bestimmung. Das sische, demütig-befehdendliche, alles in rosenrotem Licht erhellende Lehrerdien, das sich als erster Gast gemeldet, wird als Vorausverkünder des späteren Fremdenstroms, wenn nicht von dem hochmütigen Hotelier, so doch von Frau und Tochter mit offenen Armen aufgenommen und ist in seiner anstehenden Güte ringum die Reime der Verführung aus. Ja, das Töchterchen, eine derbe Landpomeranze, verliebt sich nicht nur, was vielleicht noch denkbar wäre, in den blaffen Todesanditen, sondern ist auch dazu außersehen, dem Gebrechlichen, der sich kaum mehr auf seinen Weinen halten kann, mit stürmischen Umarmungsangriffen vollends aus der Balance zu bringen! Er sieht dann wirklich. Und da der Schwager, durch ein paar Wort des Verschiedenen zur Fernunft gekommen, in freudlichem Entgegenkommen auf alle Ansehnissen, die Trübsal von ihm verlangt, eingeht, muß der ewig Nihilistische zu seinem Leidwesen am End' gesehen, daß seine „Menschenkenntnis“ ihn diesmal doch getäuscht hat. Die handlungs- und erfindungsarmen Szenen wurden durch eine ausgezeichnete Darstellung der Hauptrollen getragen. Mit Adalbert und Jifa Grünig, der gutherzigen Frau des Widerborrigen, fand Kurt Götz, der in der Figur des Lehrers den Ton einer rührenden und überzeugend edlen Seelenwärme hatte, an der Spitze.

Es folgte, ebenfalls in sehr gutem Spiele, Heinrich Wans bereits bekanntes „Varieté“. Eine groteske, die in stark outriertem Stille, aber nicht unamüsan, erotische Exzentrisitäten und Verdrüßlichkeiten aus der Weltwelt und ihrem Drum und Dran behandelte. Fräulein Dagny Servaes, die mit der verzeigtenen Mädchenhaft des Sternheimischen Stückes nichts Rechtes hatte anfangen können, brillierte da in der Hauptrolle der Tänzerin.

Friede — Freiheit — Frau.

In einer Versammlung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland, die am Sonntag im Banquetssaal des Reichsausschusses stattfand, sprach Fräulein Dr. Gertrud Baumert-Camburg über: Friede — Freiheit — Frau. Die Vortragende bezeichnete es als das eigentliche Wesen der Frau: Leben entstehen zu sehen, es zu folgen und hart zu machen, eine Atmosphäre erzeugen helfen, in der ein Gemeinheitsbewußtsein bestehen kann. Die Voraussetzungen für ein gemeinsames Zusammenarbeiten aller Volkskräfte am Wohl des Volksganges schienen — wie die Vortragende ausführte — beim Ausbruch des Krieges gegeben. Der Geist des 4. August 1914 befreite alle. Während der Dauer des Krieges hat sich dann aber gezeigt, daß die einzelnen ihre Interessen über das Wohl des Ganzen stellten. Die Tatsache, daß in den großen Entscheidungskämpfen der Völler Nacht vor Recht gehen muß, hat auch auf unser inneres Leben zurückgewirkt: Wir empfinden die Ergeße der Gewinnflucht, die sich um uns herum zeigen, doppelt herabwürdigend angefühlend der Opfer, die das Volk draußen im Kampfe bringt.

Militärsondergendarbeit ist in Belgien eingeführt und hat Besondere Erfolge erzielt. Die japanische Intervention hängt noch in der Schwebe.

Wirkung in die Ferne.

Die Wiener Januarereignisse in Brasilien.

Auf Umwegen gerät jetzt „Gazeta de Noticias“ aus Rio de Janeiro vom 25. Januar in unsere Hände. Das Blatt bringt ein gutes Panorama der Stadt Wien mit der Hofburg in der Mitte und als Ueberschrift in goldhohen Buchstaben folgende Zeilen: „Siege der Revolution in Wien.“ Kaiser Karl von Arbeitern und Volk abgesetzt. Eine provisorische revolutionäre Regierung errichtet. Es folgen lange redaktionelle Ausführungen, in denen als sichere Folge der österreichischen Revolution der Zerfall Oesterreichs in seine Bestandteile in Aussicht gestellt wird. Was den Kaiser Karl betreffe, so sei noch ungewiß, ob er den Revolutionären als Gefangener in die Hand gefallen oder noch rechtzeitig vor dem Sieg der Erhebung geküchelt sei.

Den Abschluß bilden drei festgedruckte Telegramme, die die Unterlage zu diesen Phantasien bilden sollen. Das längste und hauptsächlichste ist aus New York vom 24. Januar datiert und besagt, daß der „Vorwärts“ von den Militärbehörden für drei Tage verboten worden sei, weil er in einigen Artikeln die Lage in Oesterreich als sehr ernst geschildert habe.

Scharfschießen in Holland. Saag. 20. April. Die „Abonpost“ erzählt: Der Oberbefehlshaber der Armee hat angeordnet, daß Truppen, die der Polizei militärischen Beistand leisten, in Zukunft nicht mehr in die Luft schießen dürfen.

Joffes Beglaubigungsschreiben. Offiziös wird gemeldet: Herr Adolf Joffe hat dem Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherrn v. d. Busche-Haddenhausen als Vertreter des erkrankten Staatssekretärs v. Kühlmann am 20. April im Auswärtigen Amt sein Beglaubigungsschreiben als beglaubigter Vertreter der Russischen Sozialen Föderation Sowjet-Republik übergeben.

Der Kampf um Kühlmann.

Die „Deutsche Zeitung“ schreibt: „Wir haben bereits vor mehreren Tagen verzeichnet, daß die Tage Herrn v. Kühlmanns gezählt sind. Wir können dies heute nur wiederholen.“

Woher das alldeutsche Blatt diese schöne Gewißheit nimmt, wissen wir nicht. Herr v. Kühlmann ist aber nur der vordere Bauer im Ringkampf, fällt er, so können andere leicht nachfolgen.

Kritik der Steuervorlagen.

Im „Vorläufer“ bringt Prof. Dr. Julius Wolf bemerkenswerte Ausführungen über den neuen Steuerplan. Er vergleicht die Steuerpraxis Englands mit der deutschen; während England versucht, durch direkte Steuern einen nicht unerheblichen Teil der eigentlichen Kriegskosten zu decken, begnügt sich die deutsche Vorlage damit, die Zinsen der Kriegskredite durch indirekte Steuern aufzubringen. Nun stehen aber diese indirekten Steuern nicht nur zum großen Teil auf dem Papier, da sie nur unter der Voraussetzung des Verbrauchs den erwarteten Betrag liefern, sie sind auch unsozial, da sie die breite Masse und nur direkte Steuern den Besitz treffen. Selbst die Umsatzsteuer, die in höherem Maße den Luxusauswand zur Besteuerung heranziehen will, findet Wolf in ihrem Wert zweifelhaft. Die einzige direkte, die Vorkriegsteuer, fällt mit ihrer Einschätzung auf 200 Millionen gegenüber der Gesamtforderung von 3 Milliarden nicht ins Gewicht.

Im ganzen darf dem Steuerplan eine Vernachlässigung des sozialen Standpunktes zum Vorwurf gemacht werden, die um so auffälliger erscheint, als der Reichskanzler in jüngeren Jahren immer den Standpunkt der sozialen Gerechtigkeit mit Feuer und Nachdruck vertreten hat.

Auf eine wohlwollende Aufnahme im Reichstage dürfen sich nach Prof. Wolf die Vorlagen kaum gefaßt machen.

Die Vortragende gab der Erwartung Ausdruck, daß das Gefühl der Gemeinschaft, das beim Ausbruch des Krieges unser ganzes Volk befehle, wiederkehren werde nach dem Frieden, der nicht nur auf Macht aufzubauen, sondern von dem Willen gegenseitiger Verständigung und gemeinsamer Kulturarbeit der Völker getragen sein muß. Um das Gemeinschaftsgefühl innerhalb unseres Volkes zu stärken, muß eine Politik betrieben werden, die es allen Volksteilen ermöglicht, hart, froh und lebendig zu sein. Der Kampf aller gegen alle darf innerhalb unseres Volkes nicht weiter um sich greifen. Der innere Friede muß eintreten. Was die Frauen dem Familienleben am stärksten spenden können, das kann für die Nation nur dann nutzbringend gemacht werden, wenn den Frauen die Teilnahme am Staatsleben als Bürgerin gegeben wird, und zwar nicht erst durch erbitternde Kämpfe, sondern in Anerkennung dessen, was die Frauen dem Volksganzen leisten können. Es muß eine Sozialpolitik betrieben werden, die das Leben schätzt durch Verwirklichung der Forderungen, welche alle wahren Volkstreue betreiben.

Die Frauen müssen sich bewußt werden, daß ihre Bestimmung im Volksganzen sie hinführt in die Fragen des Lebens, der Schaffung inneren Friedens und die Anerkennung aller Volksteile als notwendige Mitarbeiter am Volksganzen. So nur kann die Zukunft des deutschen Volkes aufbauen werden und das Gleichgewicht der Volkskräfte wieder entstehen.

Notizen.

Der Verein Arbeiterhochschule beginnt seine Vorlesungen wieder am 29. April: Höregelehrer für eine Vorlesungsreihe 1. M. Kartenverkauf u. a. bei Paul Horch (Engelstr. 15) und in den Lehrstätten (Fortbildungsschule Friedrichstr. 128 und Oberrealschule Niederrwallstr. 12).

Im XI. und XII. Konzert der Freien Volkshäuser (5. und 6. Mai Philharmonie) wird u. a. Oskar Friedes Erntelied unter Leitung des Komponisten von fünf Männern des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes und dem Philharmonischen Orchester aufgeführt werden.

Heber „Fländerns Küste“ wird Prof. Dr. Stahlberg am Mittwoch, abends 8 Uhr, im großen Vortragssaal der Teplow-Sternwarte unter Vorführung zahlreicher Lichtbilder sprechen. Vor und nach dem Vortrag wird mit dem großen Fernrohr der Mond beobachtet.

Univeritätswünsche in Warschau. Die polnische Staatszeitung „Monitor Polski“ erzählt, daß von litauischer Seite die Eröffnung einer litauischen Universität in Warschau mit einer katholisch-philosophischen, einer physikalischen und einer juristischen Fakultät bei den deutschen Behörden beantragt worden ist.

Neues Röntgenstrahlenverfahren. Aus Paris wird gemeldet: Zwei brasilianische Ärzte in Paris haben eine neue Methode erfunden. Augen oder Geschwülste werden aus dem menschlichen Körper mittels der Röntgenstrahlen zu entfernen. Sie verwenden zwei Ampullen statt einer zur Durchleuchtung. Die Anwendung der zwei Ampullen ermöglicht es der ärztlichen Einzelheit, das Reichthum zu fassen und in einigen Augenblicken zu extrahieren.

Die Unterstützung arbeitsloser Tabakarbeiter.

Die Deutsche Zentrale für Kriegslieferung in Minden hat in einer Eingabe an den Reichskanzler den Vorschlag gemacht, die Unterstützung arbeitsloser Tabakarbeiter anders zu regeln, die Verteilung auszugeben und den Gemeinden fünf Sechstel der Unterstützungssumme zu vergüten. Das letzte Sechstel will die Zentrale erhalten. Zu diesem Zwecke hat die Zentrale vorläufig sechs Millionen Mark aus ihren reichen Mitteln zur Verfügung gestellt.

Vom Reichskanzler ist bereits eine Antwort eingelaufen. Die Antwort ist aber eine Enttäuschung für die Tabakarbeiter und sicher auch für die Zentrale. Der Reichskanzler begrüßt den Beschluß der Zentrale freudig. Die Bundesstaaten sind ersucht worden, den in Betracht kommenden Gemeinden und Gemeindeverbänden Kenntnis von dem Beschluß zu geben und nachdrücklich auf das Zustandekommen von Erwerbslosenfürsorgeeinrichtungen hinzuwirken. Der Reichskanzler hält es aber nicht für angängig, die von der Zentrale vorgeschlagene Erweiterung der Unterstützung, wie sie für die Textilarbeiter aus besonderen Gründen besteht, auf die Tabakarbeiter auszudehnen. Für die Tabakarbeiter seien die Bestimmungen des Bundesrats vom 10. Dezember 1914 und 13. April 1916 ausreißend. Dagegen hält der Reichskanzler die Vorschläge der Zentrale zur Durchführung der Erwerbslosenfürsorge für durchaus entsprechend.

Nach diesem Bescheid soll es also bei dem Zuschuß der Gemeinden von einem Drittel der gezahlten Unterstützung bleiben. Die Zentrale wird den Gemeinden aber ein Sechstel erhalten, so daß praktisch genommen durch den Zuschuß der Zentrale die Gemeinden wie bei den Textilarbeitern auch nur ein Sechstel aufzubringen haben.

Die Mindener Zentrale hat sich nun mit den Bundesstaaten in Verbindung gesetzt und hofft, daß es auf diesem Wege gelingen wird, eine brauchbare Erwerbslosenfürsorge für die arbeitslosen Tabakarbeiter in allen Gemeinden zu schaffen. Es müßten ja auch rüstige Gemeinden sein, die bei einem so geringen Zuschuß von nur einem Sechstel ihre bedürftigen Gemeindeglieder ohne Unterstützung lassen.

So wie jetzt die meisten Gemeinden die Unterstützungszahlung handhaben, heißt zu befürchten, daß die Zentrale ihre bewilligten 6 Millionen gar nicht los wird, auch wenn zum Herbst die ganze Tabakindustrie infolge Tabakmangel stillgelegt werden müßte.

Schweigen in Elsaß-Lothringen.

Der Straßburger „Beobachter“ veröffentlicht eine Zuschrift aus Straßburg, in der auf den stimmunglosen Wiederzusammentritt des Landtags hingewiesen wird, bei dem Präsident Dr. Millin nur 23 Stimmen erhielt, während 47 von 60 Abgeordneten anwesend waren (9 Fehler waren unbeschrieben). Die Erläuterungen des Unterstaatssekretärs Köhler zum Etat wurden nicht aufgenommen, das Budget langsam an die Kommission verwiesen, niemand sprach ein Wort. Die Straßburger Zuschrift fährt dann fort: „Was ist nun die Ursache dieser höchst auffälligen Vorgänge? Schon vor der Einberufung des Landtags hätte der Statthalter mitgeteilt, daß im Landtag über die wichtige Zukunftsfrage des Landes — über die Selbstständigkeit oder die Zugehörigkeit desselben zu einem anderen Bundesstaat — nichts gesprochen werden dürfte. Das Verhalten der Abgeordneten bei der Wahl des Präsidiums wie bei der Einbringung des Etats war der Protest gegen dieses Mandatgebote. Man wählte mit Protest und soviel aus Protest, da man doch nicht reden durfte, wie man wollte und sollte.“

Es ist vorauszusetzen, daß diese Vorgänge und Verhältnisse im Reichstag zur Erörterung gelangen werden.

Der Herzog von Anhalt, Friedrich II., ist gestern gestorben.

Groß-Berlin

Der Generalstaatsanwalt an Neukölln.

Auf die in der Tagespresse mitgeteilte Beschwerde der Stadtgemeinde Neukölln hat der Generalstaatsanwalt beim Kammergericht noch am 20. April 1918 dem Magistrat zu Neukölln zu Händen des Oberbürgermeisters folgende Antwort erteilt:

„Die in der heute eingegangenen Depesche vom 19. d. M. gegen das Vorgehen des Ersten Staatsanwalts bei dem Landgericht II erhobene Beschwerde habe ich für begründet nicht erachten können.“

Nachdem der Magistrat sich in der bekannten Denkschrift vom Dezember v. J. selbst der Ueberschreitung der Höchstpreise bedichtigt hatte, war der Erste Staatsanwalt gesetzlich verpflichtet, einzuschreiten. Die hierfür nötigen Unterlagen sind durch Benehmen mit dem Magistrat zu beschaffen, ist er seit Ende Dezember v. J. fortgesetzt, aber vergebens, bemüht gewesen. Auch nach dem Beschluß des Amtsgerichts vom 30. Januar d. J., durch welchen Beschlagnahme und Durchsuchung angeordnet war, hat der Erste Staatsanwalt zunächst versucht, die Schriftstücke und Bücher durch Verhandlung mit dem Magistrat zu erlangen, und diese Verhandlungen haben sich bis 11. April hingezogen. Als der Magistrat sich jedoch fortgesetzt weigerlich verhielt, ist endlich die durch Gerichtsbescheid angeordnete Maßnahme durchgeführt. Der Erste Staatsanwalt hat die Weisung gegeben, daß nur die Schriftstücke aus dem Jahre 1917 beschlagnahmt werden sollten, weil er annahm, daß der Magistrat auch ohne sie die Geschäfte weiter fortführen können. Auf die Vorstellung vom 19. d. M. und auf den Hinweis auf die entstandenen Unzulänglichkeiten sind die Rassenbücher unter Aufrechterhaltung der Beschlagnahme heute herausgegeben.

Das Vorgehen des Ersten Staatsanwalts beweist, daß er befreit gewesen ist, etwaigen Unzulänglichkeiten nach Möglichkeit vorzubeugen, und wenn solche dennoch entstanden sind, so trifft ihn hierfür keine Verantwortung.

Rechtlich ist das Vorgehen gleichfalls nicht zu beanstanden. Die Verurteilung auf § 96 Str.G.O. geht fehl, weil der Magistrat nicht als „oberste Dienstbehörde“ im Sinne dieser Bestimmung angesehen werden kann. Uebrigens hat der Beschluß des Amtsgerichts, nach dem die Herausgabe der Bücher und Schriftstücke nicht erfolgen soll, keine rechtliche Bedeutung, da er gemäß § 15 des Gesetzes vom 1. August 1888 (Gesetzsamml. S. 237) mit aufschiebender Wirkung beanstanden ist.

Um weitere Unzulänglichkeiten nach Möglichkeit zu vermeiden, soll jetzt der Versuch gemacht werden, die für die Untersuchung erforderlichen Unterlagen

durch das Eingreifen des Regierungspräsidenten zu erlangen. Bist auch dieses nicht zum Ziel, so wird die Staatsanwaltschaft für etwaige, dem Gesetz entsprechende, Eingriffe in die Amtsführung und die Geschäfte des Magistrats in der Folge nicht verantwortlich gemacht werden können.“

Regelung des Verkehrs mit Holzschuhen.

Bisher waren geschlossene Holzschuhe (sogenannte Klumpen), die ohne Spange oder Rissen in den Verkehr gebracht wurden, einer Preisbeschränkung nicht unterworfen. Dies führte zu erheblichen

Preissteigerungen, wodurch die Versorgung der Bevölkerung mit Holzschuhen gefährdet wurde. Wie wir hören, beabsichtigt die Reichsstelle für Schuhversorgung nunmehr, auch die Klumpen in allen Fällen den Maßstäben der Gutachterkommission für Schuhwarenpreise zu unterstellen und damit die übermäßige Preissteigerung zu unterbinden.

Auch bei sonstigem Schuhwerk, das ganz aus Holz besteht und somit nicht der Prüfung des Lebenswahrungsausschusses der Schuhindustrie unterliegt, hatten sich schwere Mißstände gezeigt. Sehr viele ungewöhnliche Erzeugnisse, namentlich in Sandalen, waren in den Verkehr gebracht worden, teilweise auch noch zu übertrieben hohen Preisen. Auch hier beabsichtigt dem Vernehmen nach die Reichsstelle für Schuhversorgung einzugreifen und nur noch solches Holzschuhwerk für den Verkehr zuzulassen, das einem von der Reichsstelle für Schuhversorgung genehmigten Muster entspricht. Mit der Genehmigung, die auch für bereits hergestellte Ware gefordert werden wird, sollen gleichzeitig die Verkaufspreise festgesetzt werden.

Da die neuen Bestimmungen, deren Veröffentlichung wohl in Kürze erwartet werden darf, den Zweck verfolgen, die Bevölkerung vor ungeeignetem und übermäßig hohem Holzschuhwerk zu bewahren, wird man ihr Erscheinen in weiten Kreisen warm begrüßen.

Die Verschickung von Stadtkindern aufs Land

wurde im Berliner Lehrerverein erörtert. Gemeindegemeinschaftlicher Ober, der für Berlin die Zeitung des Unternehmens batte, berichtete über die Erfahrungen des vorigen Jahres. 68 280 Kinder wurden von Berlin verschickt, wovon etwa 500 wegen Hautkrankheiten, Ungezieser oder Verunreinigungen nach wenigen Tagen zurückgeschickt werden mußten. In Thüringen sollen viele Pflanzschulen angelegt haben, das seien ja gar nicht die ausgebildeten Kinder, die sie erwartet hätten. Daß tatsächlich nicht immer die ärmsten ausgesucht worden waren, erfahren wir aus der dem Vortrag sich anschließenden Besprechung. Weil die Kinder eine Mindestmenge von Kleidung mitbringen mußten, konnten oft gerade die bedürftigsten nicht weggeschickt werden. Ober erwähnte in seinem Bericht auch das Mißtrauen der ländlichen Kreise gegen die Veranschlagung der Kinder durch mitgehende Berliner Lehrer und Lehrerinnen, denen man deshalb manchmal geradezu die Gewährung von Unterkunft verweigerte. Sonst aber seien, versichert er, die Erfahrungen nicht schlecht gewesen. „Gut angehängt“ hat die Veranschlagung; denn die Gewichtszunahme stellte sich durchschnittlich auf 10 Pfund. In diesem Jahre stehen bisher leider erst 18 000 Pflanzstellen zur Verfügung, so daß gefürchtet wird, sehr viel weniger Kinder als im vorigen Jahr unterbringen zu können. Die Gründe des Mißganges sieht Ober in der auch auf dem Lande fühlbaren Lebensmittelknappheit, in der schärferen Lebensmittelerfassung durch Preissteigerung, in unerwünschten Elternbesuchen und Familienfahrten. Angehts des günstigen Einflusses, den der Landaufenthalt auf Körper, Geist und Gemüt der Kinder gehabt habe, hält er die Fortführung des Wertes auch nach dem Kriege für nötig. Nur sei dann die Verschickung auf die Sommerferien zu beschränken, die zwei Monate umfassen müßten, wobei die Herbergherren wegfallen. In der Besprechung des Vortrages glaubte ein Lehrer von „Ariens-berndien“ der Munitionsarbeiter reden zu sollen, die Erbitte- rung bei den Bauern hervorgerufen hätten, so daß sie jetzt Aufnahme der Kinder ablehnen. Ihn wurde von anderer Seite sehr entschieden widersprochen. Ein Redner äußerte die Vermutung, daß die Bauern mit der Aufnahmeverweigerung sich für die Lebensmittelerfassung rächen wollen und den Landrat zu ärgern glauben. Gestagt wurde über Schädigung des Unterrichtsfortschritts, der sich bei den verschickten Kindern nachher gezeigt habe. Die Verjamm- lung nahm eine Entschädigung an, die unter anderem für die Kinder bessere unterrichtliche Versorgung während des Landaufenthalts oder besonderen Hilfsunterricht nach ihrer Rückkehr fordert.

Wenn man Zwangskunde beim Kohlenhändler ist.

Als bei der Anmeldung zur Kohlenkundenliste in Berlin und Vororten viele Personen keinen Händler mehr fanden, der sie in seine Liste aufnehmen bereit gewesen wäre, wurde ihnen von der Behörde die beschwichtigende Versicherung gegeben, daß die Kohlenstelle diese Uebergangenen später noch zu bestimmenden Händlern überweisen werde. Solche Zwangszuweisung hat ja nun nicht viel Verlockendes für diejenigen, die in der jetzigen Zeit des Warenmangels und der Kundenpolonaise zur Genüge kennen gelernt haben, wie bei manchen Händlern die Kundenschaft sich behandeln lassen muß. Was man als Zwangskunde erleben kann, schildert uns eine in Moabit wohnende Kriegerfrau, die tagsüber ihrer Erwerbsarbeit nachgeht und abends bei keinem Händler ihr bisheriges Kohlen erhielt, so daß die Kohlenstelle ihr einen Händler zum Verkauf in den Abendstunden verpflichtete. Er müsse, so hieß es in der ihr übergebenen und an ihn weitergegebenen Bescheinigung, von 6 Uhr ab die Kohlen für sie bereit halten, aber als die Frau nach einigen Tagen mit einem geliehenen Handwagen zur Abholung ihrer Kohlen zu ihm kam, waren die bei ihm lagernden Kohlen nicht für sie zu haben. Die seien bestellt, antwortete man ihr, und übrigens könne ihr heute, am Sonnabend, gar nicht mehr verkauft werden, weil sonst auch andere das fordern würden. Die Verpflichtung, gerade ihr noch nach 6 Uhr zu verkaufen, weil sie nicht früher kommen kann, schien wenig Eindruck zu machen. Eine Tochter des Händlers erklärte ihr, sie hätte sich ja einen anderen Kohlenhändler suchen können. Das würde die Frau sehr gerne tun, wenn sie nur irgendeinen Händler fände, der freimüßig zu so „später“ Stunde ihr noch etwas verkaufe. Im letzten Winter war sie gezwungen, ihre Kohlen am Tage durch eine Bekannte in Charlottenburg kaufen zu lassen, von wo sie dann am Abend die Last auf dreiviertelstündigem Wege mit einem Handwagen abholen mußte. Sie möchte nicht, daß es ihr in diesem Jahre wieder so geht. Darum hat sie die Erfahrungen, die sie jetzt als Zwangskundin gemacht hat, an die Kohlenstelle berichtet. Diese wird hoffentlich dem Kohlenhändler die nötige Weisung erteilen.

Mietsverträge ohne Kündigung

sind die neueste Erregungssache in unserer großstädtischen Wohnungswesen. Bisher hatte es Hauseigentümern wie Wohnungsmietern als selbstverständlich gegolten, daß sie in ihren Verträgen eine Kündigung ausbedungen und für sie eine Frist festlegten. Selbst bei kleinsten Wohnungen mit Mietsverträgen von ganz kurzer Dauer war es üblich, daß beide Teile sich durch solche Abmachungen zu sichern suchten. In Charlottenburg hat ein Hauseigentümer es für besser gehalten, mit diesem alten Brauch zu brechen. Mit Wohnungsmietern hat er Verträge abgeschlossen, in denen er ausdrücklich durch handschriftlichen Zusatz vermerkte: „Der Vertrag läuft ohne Kündigung am . . . ab.“ Auch so haben Hauseigentümer und Wohnungsmieter gegen einander Sicherheit für die volle Dauer des Vertrages, aber er wird nun nicht mehr durch Unterlassung der Kündigung stichweisend verlängert, sondern bei etwaigem Wunsch nach Fortsetzung des Mietsverhältnisses muß ein neuer Vertrag geschlossen werden. Der Kündigungsscheue Hauswirt hatte nur noch nötig, für Weitervermietung an andere Mietslustige ihnen die Möglichkeit der Wohnungsbesichtigung von dem Zeitpunkt ab zu sichern, wo andere Hauswirte die Kündigungen versichern oder erhalten und die Wohnungssuche der Mieter beginnt. Er hat selbstverständlich diese Vorsichtsmaßregel nicht vergessen, sondern in den Verträgen durch handschriftlichen Zusatz den Zeitpunkt des Beginns der Wohnungsbesichtigung ausbedungen. Von welcher Art die Hauseigentümer sich bei der Festlegung des Kündigungsabrechens leiten ließ, können wir nicht wissen. Die Wirkung solcher Mietsverträge ohne Kündigung wird vielleicht die sein, daß dem Miets-einigungsamt einige Zweifel kommen, ob es noch bei Mietssteigerungen in der Weise eingreifen kann, daß es die Kündigung für unwirksam erklärt. Wenn der Eigentümer nicht mehr nötig

Hat, unter Kündigung des Vertrages die Fortsetzung des Mietverhältnisses zu höherem Preis anboten, sondern zu dem höheren Preis fortzusetzen, ganz neu" vermietet, dann wird mancher das etwa gegen diese Mietsteigerung angelegene Einigungsamt nicht mehr für zuständig halten wollen. Es ist dringend erforderlich, daß jedem Verpächter, den ohne Kündigung wohnenden Mietern den Schutz des Einigungsamtes zu entziehen, scharf entgegengetreten wird. Der Bundesrat sollte da schleunigst durch eine unabweisliche Verordnung einen Riegel vorschreiben, um Ausschaltung des Einigungsamtes und Wehrlosmachung der Mieter zu verhüten.

Hamsterjagd.

Darf man eigentlich noch den einen Hamster nennen, der z. B. seine Kartoffelration mal um ein paar Pfund aufzubessern versucht? Von einer Vorratsaufhäufung, die ja das Wesen des Hamsters ausmacht, kann doch kaum die Rede sein, wenn eine Mutter für sich und ihre Kinder von einer sogenannten Hamsterfabrik nicht viel mehr als ihre Wochenmenge an Kartoffeln nach Hause bringt. Welche Mühe kostet es, sich das Draußen auf den Dörfern zusammenzulassen und es dann auf dem Rücken heimzuschleppen, — und wie bald ist es weggegeben samt der Ration, die jedem von Rechts wegen zukommt! Doch das Hamstern ist verboten und verkehrt, darum wird selbst auf die mit ihren paar Pfund Kartoffeln davorziehenden Leute eifrig Jagd gemacht, wie wenn es gälte, ihnen wunder was abzuschmecken. Sollen wir befriedigt die rächende Gerechtigkeit preisen, wenn diese Kleinen erwischt werden, ihre Kartoffeln herausgeben müssen und hinterher noch einen Strafbefehl zu erwarten haben? Oder ist es erlaubt, Mitleid mit ihnen zu empfinden — Mitleid trotz allem Zwang, die schon so viel durchlittenen „Gleichmütigkeit“ und Rationierung nicht noch mehr durchlöchern zu lassen? Man verlege sich zum Beispiel in die Lage der mit vier ehlässigen Kindern begabten Kriegerfrau, die uns schildert, wie sie auf einer Hamsterfabrik hinter Rauen nach langem Warten ihre 50 Pfund Kartoffeln zusammenkriegt, aber bei der Heimfahrt auf Bahnhof Rauen ein Duffer der Hamsterjagd wurde. Aus etwa 60 Personen, die von den umliegenden Dörfern mit der Kleinbahn dort eintrafen und meist gehamstert hatten, griff ein Militärposten acht Frauen und Kinder heraus — und die bei ihnen vorgefundenen Kartoffeln wurden trotz aller Bitten beschlagnahmt. Strafbefehle werden wahrscheinlich folgen, so daß zu dem Verlust der Kartoffeln und des für sie ausgegebenen Geldes noch weitere Kosten kommen. Die Kriegerfrau begleitet die Schilderung ihres verdrüßlichen Erlebnis mit Betrachtungen, deren Widergabe wir uns verjagen müssen.

Scheuklappen als Soblenteder. Schon immer haben die Tiersehensvereine die Verwendung von Scheuklappen bekämpft, die sie

mit Recht für eine nutzlose Tierquälerei erklären. Einsichtige Führer haben denn auch längst die Scheuklappen von ihren Geschritten entfernt; vielfach sieht man sie aber doch noch im Gebrauch. Da sollte nun wenigstens die große Lebermüdigkeit die Führer veranlassen, die bei ihnen noch vorhandenen Scheuklappen sämtlichstens den zuständigen Leberamtsstellen zum Verkauf anzubieten. Manches Paar Scheuklappen kann mit dem Leder befohl werden, das auf diese Weise einem höchst unabweislichen Gebrauch entzogen wird. Die Schutzbewahrung der Bevölkerung erfordert dringend, daß alles sonst entbehrliche Leder in ihren Dienst gestellt wird.

Sportpark Treptow. Die gestrigen Radrennen wurden durch das launische Aprilwetter vereitelt. Immerhin waren die Rassen der Rennbahn bis Schlag vier Uhr geöffnet. Als sich aber auch bis zu dieser Zeit der gewohnte Massenbesuch nicht eingestellt hatte, erschien an der Tafel folgende Bekanntmachung: „Die meisten Fahrer fehlen, die Eintrittspreise werden an der Kasse zurückgezahlt oder haben für nächsten Sonntag Gültigkeit.“ Somit kommen die zu gestern angelehrt gewesenen Menschen am nächsten Sonntag zur Entscheidung.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Dienstag mittags. Etwas wärmer, zeitweise aufflarend, jedoch nur vorwiegend trübe, mit weiteren, östlich der Oder meist geringen, im Westen stärkeren Regenfällen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Marxfeier.

Am Sonntag, den 5. Mai, mittags Punkt 12 Uhr, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine Gedenkfeier zur Erinnerung an die 100. Wiederkehr des Geburtstages unseres großen Vorkämpfers Karl Marx statt. Das Programm ist folgendes: Festvortrag, gehalten vom Reichstagsabgeordneten Wilhelm Bloß; Rezitationen, gesprochen von Ed. v. Winterstein, vom Deutschen Theater; Männerchöre, gesungen von der Typographia, unter Leitung ihres Chormeisters. Eintrittspreis: 60 Pf. Einlaß von 11 Uhr an. Beginn Punkt 12 Uhr. Ende 2 Uhr. Eintrittskarten sind von allen Parteifunktionären und vom Bezirkssekretariat, Lindenstr. 3, 2. Hof 3 Nr., zu beziehen.

Aus aller Welt.

Zeppelinwerftbrand in Friedrichshafen. Am 13. April abends entbrach in den Werftanlagen bei Friedrichshafen ein Schuppenfeuer, das auch eine alte Zeppelinhalle ergriff. Es ge-

lang, den Brand auf seinen Herd zu beschränken und bald zu löschen. Der angerichtete Schaden ist unbedeutend. Die Produktion der Werft wird ungemindert aufrechterhalten.

Ein amerikanischer Bananentrust. Im Jahre 1884 gründete der Amerikaner A. Preston die „Boston Fruit Co.“ zum Zweck der Einführung der Bananen. 15 Jahre später bestanden bereits mehr als 20 Gesellschaften, die diesen Handel betrieben und die sich schließlich zu der „United Fruit Company“ zusammenschlossen. Diese große Gesellschaft besitzt auf Kuba, in Kolumbien, Jamaika und Costa Rica eine halbe Million Hektar Grund und Boden, der für den Bananenbau bestimmt ist. Zur Beförderung ihrer Vobenerzeugnisse hat sie Bahnen von 200 Kilometer Seitenlänge gebaut und sie besitzt auch eine Flotte von 90 Schiffen, die alljährlich in den Häfen der Vereinigten Staaten 50 Millionen Bündel Bananen laden. Sie verfügt über ein Heer von 65 000 Angestellten und Arbeitern, bei denen, eine seltene Tatsache, bisher noch nie eine ansteckende Krankheit festgestellt wurde. Allerdings widmet die Gesellschaft auch, wie behauptet wird, dem Gesundheitswesen eine ganz besondere Pflege. Man rechnet Millionen vor, die sie sich habe kosten lassen.

Die Eisefahrt im finnischen Meerbusen. Nachstehender Funkspruch des russischen Kreuzers „Piotr Weliki“ wurde am 14. April von den deutschen Seeverkehrskräften empfangen: „An „Normal“: „Piotr Weliki“, „Armato“, „Auror“ liegen östlich von Houtland ohne Kohlen in kritischer Lage fest im Eis. Bitte sofort Hilfe. „Piotr Weliki“.“ Die vorgenannten drei Schiffe waren dem deutschen Geschwader am Abend des 11. April auf seinem Vormarsch gegen Helsingfors begegnet. Die russischen Schiffe selbst befanden sich offenbar auf dem Wege von Helsingfors nach Kronstadt. „Normal“ ist der bekannte Eisbrecher von 8000 Tonnen der russischen Kriegsmarine.

Die Eisefahrt selbst für größte und stärkste Schiffe dort oben liegt darin, daß sie mit den Eisfeldern oder dem Packeis zusammen bei Wind abgetrieben werden und auf eine der zahllosen Felsenriffe der finnischen Gewässer treiben. Auch ein Verankern selbst mit stärksten Ankergeräten würde nichts nützen, da die Wucht der Eismassen die Anker über dem Grund ziehen oder die Ankerketten brechen würden. Zudem erlauben die großen Wassertiefen des finnischen Meerbusens nur an wenigen Stellen ein Anker.

Ueber das Schicksal der drei hilflosen mit Tausenden von Angehörigen männlichen und weiblichen Geschlechts der russischen Marine besetzten Schiffe ist weiteres nicht bekannt geworden.

Beamtentrost. 1. Politik: Dr. Franz Dieberich, Berlin-Griedenau; für d. übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholtz, Kaulsdamm; für Anzeigen: Theodor Glode, Berlin; Verlag: Buchverlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Buchverlag-Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3.

Ein kostbarer Hausschatz des Wissens für alle Stände:

Meyers Kleines Konversations-Lexikon

Siebente, neu bearbeitete Auflage, durch einen Ergänzungsband bis 1914 erneuert. Mehr als 150 000 Artikel und Nachweise auf 6813 Seiten Text mit 6835 Abbildungen im Text und auf 680 Illustrationstafeln (darunter 90 Farbendrucktafeln und 153 Karten und Pläne) sowie 133 selbständige Textbeilagen. 7 Bände in Halbleder gebunden 150 Mark.

Die Anschaffung größerer Werke suchen wir weiteren Kreisen dadurch zu erleichtern, daß wir die Zahlung auf 12-30 Monate, je nach der Höhe des Betrages, verteilen. Wir berechnen bei solchen Lieferungen **grundsätzlich** nur die festgesetzten Ladenpreise, so daß also für die erleichterten Zahlungsbedingungen keine besondere Preisermäßigung eintritt.

Von mehr als hundert Fachgelehrten bearbeitet, ist der „Kleine Meyer“ ein **zuverlässiges Nachschlagewerk des gesamten Wissens der Menschheit.**

Man schlage das Werk auf, um einer kurzen Auskunft, eines Namens, eines Begriffes, eines Fremdwortes, eines Ereignisses, eines Datums, einer Ziffer, einer Tatsache halber, wie sie sich beim Lesen, im Gespräch, beim Nachdenken, Behalten usw. so oft aufdrängen und im Gedächtnis oder Wissen eine Lücke fühlen lassen: stets liefert es den begehrten Nachweis, kurz, bestimmt und richtig. Es wehrt für jedes Vorkommnis eine Erklärung, auf jede Frage eine Antwort, auf jeden Zweifel einen Bescheid, in jedem Streit eine Entscheidung, für jeden Notfall einen Bebeh.

Lieferung zum Ladenpreis gegen monatliche Zahlung von acht Mark bei sofortiger Zustellung des ganzen Werkes.

H. Wollbrüd u. Co., Buchhandlung, Berlin N 24, Oranienburger Straße Nr. 59.

(Zu Buchumschlag **Bestellchein** aus dem für 3 Pf.)
Der Unterzeichnete bestellt bei der Buchhandlung **H. Wollbrüd & Co., Berlin, Oranienburger Straße 59** Meyers Kleines Konversations-Lexikon, 7 Bde. in Halbleder, zum Preise von 150 Mark. Der Betrag wird mit monatlich 8 M. gezahlt. Erfüllungsort ist Berlin-Mitte.
Ort und Wohnung: _____
Name und Stand: _____
(Deutliche Schrift und genaue Adresse erbeten.)

Bekanntmachung.

Griech.

Gemäß § 5 der Verordnung des Magistrats Berlin über Lebensmittelkarten vom 18. Oktober 1916 wird für den Gemeindebezirk der Stadt Berlin bestimmt:

I. Auf Abschnitt 23 der allgemeinen Lebensmittelkarte der Stadt Berlin entfallen **200 Gramm Griech.**

II. Die zu I genannten Anmeldeabschnitte sind in den durch ein Ausschlagschild

„Verkauf von Nahrungsmitteln gegen Lebensmittelkarten der Stadt Berlin“ gekennzeichneten Geschäften gegen Empfangsbcheinigungen auf den Bezugabschnitten abzugeben, und zwar in der Zeit vom Montag, den 22., bis zum Mittwoch, den 24. April 1918.

Nachträgliche Annahme findet nicht statt.

III. Die Kleinhandelsgeschäfte haben die von ihnen angenommenen Kartenabschnitte in der bisher vorgeschriebenen Weise an ihren Großhändler abzuliefern, und zwar am Donnerstag, den 25. April 1918.

IV. Die Ware wird dann in der üblichen Zeit bei den Kleinhandelsgeschäften gegen Rückgabe der Empfangsbcheinigung zur Verfügung stehen. Sie muß bis zum 24. Mai 1918 abgenommen werden, da sonst der Anspruch auf Lieferung verfällt.

V. Es ist unzulässig, die Kartenabschnitte in Geschäften abzugeben, in denen nicht das vom Magistrat ausgegebene Ausschlagschild (siehe zu II) angebracht ist. Geschäften, die nicht im Besitze des Ausschlagschildes sind, ist die Annahme der Kartenabschnitte untersagt.

Berlin, den 22. April 1918.

Magistrat der Königl. Haupt- und Residenzstadt.
296 765 Nr. Abteilung für Nahrungsmittel.

Zähne m. echt. Friedenskautschuk 3,50 M.
5 Jahre Garantie. Zahnzahnen m. Verdringung bei Beschädigung gratis. Goldkrone n. 30 M. an. Spez. Zähne ohne Zahnpflege. Danziger Straße 10. Zahnmenz. **Zahnpflege Hatvani.** Ute Schönk. Allee.

sucht für die mechanische Werkstatt ihrer Flugzeugfabrik 2641.
AEG
Schweißer
Schweißerinnen und **Schlosser.**
Meldung morgens zwisch. 8 u. 9 Uhr bei der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, Flugzeugfabrik, Hennigsdorf bei Berlin, Tor 3.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Mechaniker

Ernst Steinmeier (Hagenberg, Gärtnereistr. 15/16 am 16. April gestorben ist. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, Montag, den 22. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Georgenkirchhofes, Landberger Allee aus statt. Regere Beteiligung wird erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Tätowierungen,

Muttermale, Leberflecke beseitigt schnell und sicher ohne Bornaftörung Tätow. M. 12,00. Apoth. Lauensteins Vorst., Spremberg L. 41.

Spezialarzt

Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 126 Oranienb. Tor Sprechst. 11-1, 6-8 für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden Blutuntersuchungen. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Bornaftörung. Teilzahlung

Lombard-Haus
H. Graff, Leipzigerstr. 75 11 10-50%, unt. Ladenpr.

Volle normale Beleuchtung Diskretion, Reliabilität, Golegenheit, Uhren, Brillanten, Schmucksachen

Keine Wanze mehr für 1.50

nur mit Kammerjäger Berg's Nicodani I und II zu erzielen. Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung. Erfolg verblüffend. Kinderleicht anzuwenden. Ges. gesch. Doppelpak. M. 1.50. Ausreichend für 1-3 Zimmer u. Betten. Alleinverkauf: Sämtliche Warenhäuser A. Wertheim. Bei Einlieferung von M. 1.00 a. Postcheckkonto Berlin 31290. Portofr. Zusend. n. ausw. d. Gen.-Vertz. Harm. A. Grossi, Berlin, Königgrätzer Str. 49. Tel. Kurf. 4741. [292]17



Kastenwagen

und alle anderen Transportgeräte liefert billigst Groß-Vorrat **G. Wagner, Cöpenick-Str. 71**

Schlosser.

für dringende Herrensarbeit zum sofortigen Eintritt gesucht.

Luftschiffbau Schütte-Lanz, Zeelen 204/11 bei Köpenickmühlenthor.

Leitspindeldreher

Ältere, stellt sofort ein **Otto Pinnow,** Sammerwerth, Maschinen- u. Apparatefabrik, Spandau, Hamburger Str. 89/90.

Zeitungsboten

für den „Vorwärts“ wird eingestellt. Hoffend für Anwärter. Zeitel, Lichtenberg, Bartenbergstr. 1. Meldezeit 11-12, u. 4 1/2-7 Uhr.

Für das gleiche Wahlrecht in Preußen!

Dienstag, den 23. April, abends 8 Uhr, in den „Germania-Sälen“, Chausseestr. 110 und im „Gewerkschaftshaus“, Engelufer 15:

Zwei Versammlungen.

Redner: Reichstagsabgeordnete Noske - Chemnitz, Hildenbrand - Stuttgart, Wissell - Niederbarnim und Landtagsabgeordneter Paul Hirsch.

Freie Diskussion.

Eintrittskarten sind bei den Parteifunktionären und im Bezirkssekretariat zu erhalten.

Bezirksorganisation Groß-Berlin der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Spezialarzt

Dr. med. Hasché, Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahn. Behandl. von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden, Herz-, Bronchial-, Schmerzensmittel, ärztliche Behandlung, ohne Bornaftörung. Blutuntersuchung. Wdh. Berlin. Teilzahlung. Sprechstunden 10 bis 1 und 6-8, Sonnt. 11-1.

Lichtheil

Anstalt W 35, Rurfürstent. 149 ärztlich geleitet. **Könstl. Höhensonne etc.** Nachweisbar größte Erfolge bei Nerven-, Magen-, Lungen-, Haut-, Herzleiden, Rheuma, Arterienverkrüftung, Schwäche, Asthma usw. Preis 3/3 gratis. Behl. 10-2, 4-7. Wdh. Kurpreise.

Spezialarzt

Dr. med. Laabs beh. chron. grünl., mögl. schmerzlos u. ohne Bornaftörung. Geschlechtskrankheit, geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche, Urtraktuelle Reibhoden, Harn- und Blutuntersuchung. Wohnort: Königstr. 34/36, Alexanderpt. Epr. 10-11, 5-8, Sonnt. 10-11

Austrägerinnen für den „Vorwärts“

werden eingestellt in folgenden Filialen:
Berlin: Ackerstr. 174 (am Koppenplatz) — Petersburger Platz 4 — Bärwaldstr. 42
Charlottenburg: Sesenheimer Str. 1. | Steglitz: Bernsee, Moimmsenstraße 59.
Schöneberg: Meiningener Straße 9. | Lichtenberg: Wartenberg Straße 1 und Alt-Boxhagen 56.
Tempelhof: Ueckermann, Kaiser-Wilhelm-Strasse 74.
Meldezeit von 11 bis 1 1/2 Uhr und 4 1/2 bis 7 Uhr.